Zweites Blatt. — Nr. 146.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 26. März 1892.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 26. März. Ueber den Abschluß der Ministerkrisis bringt die „Nordd. Allg. Ztg." folgenden anscheinend offiziösen Artikel:

„Die Fragen, welche seit acht Tagen die öffentliche Meinung in Deutschland in Spannung erhalten hatten, haben mit den gestern amtlich verkündeten Veränderungen im preußischen Staatsministerium ihre Lösung gefunden. Ehe noch der gefundene Ausweg aus den Verwickelungen der jüngsten Zeit definitiv festgestellt war, und heute noch wurde und wird in zahlreichen Blättern aller Richtungen die Loslösung der Stellung des Reichskanzlers vom Präsidium im preußischen Ministerrathe als ein kaum befriedigender Zustand aufgefaßt, als ein der Bürgschaften längerer Dauer entbehrendes Provisorium, für welche Auffassung man sich wesentlich darauf beruft, daß der bereits früher gemachte Versuch, die Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten zu trennen, die von demselben gehegten Erwartungen nicht erfüllt hätte. Bis zum Erweis des Gegentheils wird man jedoch diese Beurtheilung nur als den Ausfluß von Erwägungen subjektiver Art und persönlicher Natur erachten können. Wenn ernsthafte, in der Praxis erfahrene und bewährte Männer sich für eine solche Neuordnung entschließen und in derselben wirksam sein wollen, so ist schon damit die Bürgschaft der Möglichkeit derselben gegeben, einer Möglichkeit, welche um so leichter zu erreichen sein wird, je bereitwilliger alle, im politischen Leben mitwirkenden Faktoren auf dieselben hinzuwirken geneigt sind. Ein Impuls dazu wäre vom Interesse an dem allgemeinen Wohl in genügendem Maße gegeben. Die Veränderungen, welche mit dem gestrigen Tage im Staatsministerium eingetreten sind, lassen nach Vergangenheit und Charakter der neuen Mitglieder des Kabinets eine Abwendung von den bisher geübten Verwaltungsgrundsätzen nicht besorgen, und kann demzufolge auch von siegenden Parteibestrebungen nicht die Rede sein, so liegt doch andererseits auch für Niemanden berechtigte Veranlassung vor, die gesammte Zukunft nur aus dem Schmollwinkel getäuschter besonderer Hoffnungen und Wünsche zu beurtheilen."

Dieses kalmirende Bestreben findet im „Kreuzzeitungs"-Lager zunächst keine Gegenliebe. Das genannte Blatt hofft noch immer, daß dem Volksschulgesetzentwurf ein Rächer im Zentrum erstehen werde, der die Regierung, welche diesen Entwurf fallen ließ, ordentlich in die Enge treibt, und es hetzt nach Kräften dazu. Wie es scheint, verspricht die „Kreuzztg." sich hierbei besondern Erfolg von der täglich zweimal wiederholten Fiktion, wir wünschten, daß das Zentrum die Situation nicht durch seine Haltung erschwere. Wir haben wiederholt die Ansicht ausgesprochen, das Zentrum sei klug genug, um in seinem Interesse so zu handeln — worüber die Bewilligung oder Nichtbewilligung der Korvette K unseres Erachtens noch durchaus keinen endgültigen Aufschluß geben würde. Was wir wünschen, ist eine ganz andere Frage.

— Laut Meldung der „Kobl. Ztg." bewohnt das Kaiserpaar diesen Herbst einige Zeit abwechselnd Schloß Stolzenfels und das Koblenzer Schloß, da sich die Kaisermanöver bis in die Gegend von Koblenz erstrecken werden. Nach früheren Nachrichten soll auch die Königin von England diesen Sommer acht Tage auf Stolzenfels wohnen wollen.

— Auf Anregung der Stadtverordneten-Versammlung hat das Magistrats-Kollegium beschlossen, vor Feststellung eines Statuts zur weiteren Regelung der Sonntagsruhe bei dem Handelsminister dahin vorstellig zu werden, daß im Sinne der Gewerbenovelle als Beginn des Hauptgottesdienstes in Berlin die Zeit um 11 Uhr Vormittags angesehen wird, um dadurch zu ermöglichen, daß durch eine bis 11 Uhr ausgedehnte Arbeitszeit für einen großen Theil der Handelsgewerbe eine von diesem Zeitpunkte ab ununterbrochene Sonntagsruhe stattfinden kann.

— Die Justizkommission des Abgeordnetenhauses beschloß, zu beantragen, die Petitionen verschiedener Kanzleidiätaren und Gehülfen um feste Anstellung, Vermehrung der etatsmäßigen Kanzlistenstellen und Diätenaufbesserung der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

— Im Kaiserhof fand gestern eine Sitzung des Gesammtvorstandes der deutschen Kolonial-Gesellschaft statt. Den Vorsitz führte in Abwesenheit des Präsidenten Fürsten Hohenlohe-Langenburg der Reichstags-Abgeordnete Dr. Hammacher. Die Versammlung war von 62 Mitgliedern aus allen Theilen Deutschlands besucht. In Erledigung der Tagesordnung wurden die in der heutigen Generalversammlung zur Verhandlung gelangenden Gegenstände vorbereitend erledigt. Die weiteren Beschlüsse betrafen Kreditbewilligungen für koloniale Zwecke. Insbesondere genehmigte der Vorstand die Verwendung von 22,000 Mark aus Gesellschaftsmitteln für die in Bildung begriffene südwestafrikanische Siedelungs-Gesellschaft. Für letztere Gesellschaft zeichneten die anwesenden Herren bereits zahlreiche Antheile.

— Der erwähnte Verordnungsentwurf über die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Mittheilung der Zahl der in Fabriken ꝛc. am 1. April 1892 beschäftigten Arbeiterinnen setzt Folgendes fest:

1. Arbeitgeber, welche Arbeiterinnen in Fabriken, Hüttenwerken, Zimmerplätzen und anderen Bauhöfen, in Werften, in Ziegeleien, die nicht blos vorübergehend oder in geringem Umfange betrieben werden, in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, unterirdisch betriebenen Brüchen oder in Gruben beschäftigen, sind verpflichtet, der Ortspolizeibehörde bis spätestens zum 10. April 1892 die Zahl der von ihnen beschäftigten über sechszehn Jahre alten minderjährigen und großjährigen Arbeiterinnen schriftlich mitzutheilen. Die Mittheilung kann mit der nach § 138 der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 zu erstattenden schriftlichen Anzeige verbunden werden.

2. Auf Anlagen der unter Nr. 1 fallenden Art, welche nur einen Theil des Jahres im Betriebe sind und ihren Betrieb am 1. April 1892 bereits eingestellt oder noch nicht begonnen haben, finden die vorstehenden Bestimmungen mit der Maßgabe Anwendung, daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, der Ortspolizeibehörde eine schriftliche Anzeige über die Höchstzahl der von ihnen innerhalb der Zeit vom 1. April 1891 bis zum 31. März 1892 beschäftigten Arbeiterinnen über sechszehn Jahren zu erstatten.

— Hinsichtlich der Sperrmaßregeln, welche von der preußischen Regierung für die aus Rußland kommenden Reisenden angeordnet worden sind, herrscht noch immer völlige Unklarheit. Die Nachrichten widersprechen sich u. A. darin, ob es sich um eine allgemeine oder speziell die russischen Juden betreffende Verfügung handelt. In dieser Angelegenheit hat, wie die „Breslauer Zeitung" mittheilt, der königliche Landrath in Lublinitz folgende vom 5. März datirte Verfügung an die zuständige Behörde erlassen:

„Euer Wohlgeboren theile ich hierdurch ergebenst mit, daß nach einem Ministerialerlasse vom 23. Februar d. J. der Uebertritt russischer Juden in das Inland bis auf Weiteres gänzlich zu verhindern ist. Es findet namentlich auch nicht mehr die Zulassung derjenigen Auswanderer statt, welche mit den Bescheinigungen der jüdischen Lokalkomitees versehen sind, daß letztere für Beförderung und eventuellen Rücktransport die Haftung übernehmen. Ferner sind auch die mit genügenden Reisemitteln, sowie die mit Schiffskarten und Billets versehenen russischen Juden von jetzt ab nicht mehr durchzulassen. Da vorauszusehen ist, daß auch künftig wie bisher schon seitens der Genannten Umwege, namentlich über Galizien, gewählt werden, so sind die Ortspolizeibehörden veranlaßt worden, dafür Sorge zu tragen, daß nicht etwa in dieser Weise die angeordnete Sperrmaßregel umgangen wird. Schließlich bemerke ich noch, daß die Ausstellung der obengedachten Bescheinigungen der hierzu befugten jüdischen Hülfskomitees bis auf Weiteres eine Zulassung der betreffenden Auswanderer nicht mehr bewirkt."

Gotha, 25. März. (W. T. B.) Der Herzog ist heute zu längerem Aufenthalte nach Nizza abgereist.

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 25. März. In der jüngst gemeldeten Angelegenheit zwischen dem Grafen Theodor Andrassy und dem Abgeordneten Karl Eötvös verweigerten die Zeugen des Letzteren die ritterliche Genugthuung. Die äußerste Linke wird morgen eine geschlossene Sitzung des Reichstags wegen dieser Frage fordern. Die geschlossene Sitzung kann zwar keinerlei Beschlüsse fassen, doch soll darin die Sitte getadelt werden, daß im Parlament gesprochene Worte, die eine wirkliche oder vermeintliche Verletzung enthalten, durch die Abgeordneten selbst, die im Hause die Abwehr führen können, außerhalb des Hauses zur Austragung gebracht werden.

Frankreich.

Paris, 23. März. Die französischen Blätter fahren fort, aus den Berliner Vorgängen zu Ungunsten der Krone und des Dreibundes Kapital zu schlagen. Das Prestige Deutschlands und des Kanzlers werde im Ausland, besonders aber auch in Oesterreich und Italien, Einbuße erleiden, wie denn andererseits die sozialdemokratische Bewegung werde gestärkt werden. Auf die einzelnen Artikel der Presse einzugehen, hat wenig Zweck, da die bezeichnendsten Stellen durchaus nicht wiederzugeben sind.

In der Kirche Saint-Merri ist es (wie telegraphisch schon gemeldet) zu betrübenden Auftritten gekommen, zu deren Verständniß einige Worte vorausgeschickt werden müssen. Seit mehreren Jahren, vor allem aber seit der letzten päpstlichen Encyklika, beschäftigen sich die hiesigen Kanzelredner sehr eifrig mit der sozialen Frage, diese zum Theil in rein wissenschaftlicher Form behandelnd. In der Fastenzeit, wo die Kirchen am gefülltesten sind, pflegen derartige Themata am eifrigsten behandelt zu werden, und zwar in einer Reihe von Vorträgen, die einen inneren Zusammenhang besitzen und später auch vereint im Druck erscheinen. Dominikaner und Jesuiten zeichnen sich in dieser modernsten Form der Kanzelberedtsamkeit aus. Der Jesuit Le Moigne nun hatte in seinem ersten Vortrage in der Kirche Saint-Merri über die „Arbeiterfrage" gesprochen, ohne daß er auf Widerspruch gestoßen wäre. In seinem zweiten Vortrage über „die Ursachen des Pauperismus" hatte er die Revolution heftig angegriffen, weil ihr Prinzip des Individualismus die Arbeiter dem Elend und dem Hunger ausgeliefert habe. Es kam schon da zu Widersprüchen unter der Zuhörerschaft; einige Störer wurden ausgewiesen, ohne daß der Vorfall indessen in Paris Beachtung gefunden hätte. Oder richtiger gesagt, er fand nur bei den Freunden der Ausgewiesenen, bei den Sozialisten, Beachtung, denn sie fanden sich zum dritten Vortrage in reichlicher Zahl ein. Letzterer sollte sich mit „den verschiedenen Lösungen der Frage des Pauperismus" beschäftigen, u. a. mit der anarchistischen, heidnischen, christlichen Lösung". Anfangs hörte man dem Redner schweigend zu; da er aber längere Zeit von der „göttlichen Liebe" sprach, so wurden die, welche eine Kritik des Kommunismus, Nihilismus und Marxismus erwarteten, bald unruhig und riefen, wie in einer Volksversammlung: „zur Sache! zur Tagesordnung!" Der Redner hielt inne und ein heftiger Skandal brach aus, bei dem es zwischen den Zuhörern zu Schimpfworten und sogar zum Handgemenge kam. Die Thüren der Kirche mußten geöffnet werden, und unter dem Absingen der Marseillaise und der Carmagnole verließen die anwesenden Anarchisten und sonstigen Sozialisten das Gotteshaus.

Der Vorfall ist sehr bedauerlich und wird den Radikalen einen neuen Vorwand bieten, um das Thema von der Trennung von Kirche und Staat und von den republikfeindlichen Bestrebungen des Klerus von neuem abzuhandeln.

Paris, 25. März. (W. T. B.) Das Schwurgericht verhandelte heute in der Klagesache gegen den Herausgeber des „Intransigeant" und gegen Rochefort wegen der Veröffentlichung eines gegen den Generalstaatsanwalt Quesnay de Beaurepaire gerichteten Artikels, welcher betitelt ist: „Ein pflichtvergessener Beamter." Der Herausgeber des „Intransigeant" wurde zu 2 Monaten Gefängniß und 3000 Franks Geldstrafe, Rochefort zu 1 Jahr Gefängniß und 3000 Franks Geldstrafe verurtheilt.

Paris, 25. März. (W. T. B.) Der Bericht Burdeau's über die Bank von Frankreich gelangte heute in der Kommission zur Verlesung. Derselbe enthält an neuen Zugeständnissen von Seiten der Bank die Verpflichtung, den landwirthschaftlichen Syndikats-Vereinigungen und anderen als zahlungsfähig bekannten Assoziationen Eskompte zu gewähren. Die Vorschüsse an den Staatsschatz umfassen einen unverzinslichen Betrag von 40 Millionen, welche zur Versorgung der Festungen mit Lebensmitteln verwendet werden könnten. Die der Bank auferlegten Lasten werden auf 140 Millionen geschätzt. Das Privilegium wird um 23 Jahre verlängert. Die Emissions-Befugniß beträgt bis zu 4 Milliarden.

Paris, 25. März. (W. T. B.) Das Manifest der neuen parlamentarischen Gruppe, welche sich unter dem Namen „Antiklerikale Union der radikalen Republikaner" konstituirt hat, proklamirt die Nothwendigkeit der Trennung der Kirche vom Staat als das einzige Mittel dem klerikalen Widerstande ein Ziel zu setzen.

Großbritannien und Irland.

London, 25. März (W. T. B.) Unterhaus. Der Parlamentssekretär des Auswärtigen Lowther erklärte, die Regierung beschäftige sich gegenwärtig mit der Antwort auf die letzte Note der Vereinigten Staaten bezüglich der Arrangements für die bevorstehende Fischerei-Saison im Behringsmeer.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. März. Die Regierung hat bereits seit einiger Zeit den Plan erörtert, in Berlin ein Generalkonsulat zu errichten, und ist nunmehr zur Ausführung desselben geschritten, indem sie Herrn Ernst Mendelssohn-Bartholdy, ältesten Chef des Bankhauses Mendelssohn u. Ko., zum Generalkonsul ernannt hat. Das Bankhaus steht schon seit langen Jahren in Beziehungen zum Finanzministerium.

Rußland.

Petersburg, 23. März. Es ist noch erinnerlich, welchen tiefen Eindruck der im Spätsommer vorigen Jahres erfolgte Tod seines Lieblings, des Hofmarschalls Fürsten Obolenski-Neledinski, auf den Zaren gemacht hat. Jetzt wird bekannt, daß der bisherige russische Militärbevollmächtigte in Berlin, Generalmajor Graf Golenischtschew-Kutusow, zum Hofmarschall des kaiserlichen Hofes ernannt ist, und wiewohl er als interimistischer Hofmarschall bezeichnet wird, so ist das nur eine Formwendung, welche man dem verblichenen Freunde des Kaisers schulden zu müssen glaubt. Was den neuernannten Hofmarschall anbetrifft, so dürfte er aus seinem bisherigen Berliner Posten nicht ungern scheiden. Die russischen Militärbevollmächtigten in Berlin sind stets gleichzeitig der Person des deutschen Kaisers attachirt. Trotz seiner hervorragenden fachmännischen Kenntnisse und überhaupt seiner militärischen Begabung ist es indessen dem Grafen Golenischtschew-Kutusow nicht gelungen, sich jene Beliebtheit bei dem Berliner Hofe und bei den dortigen militärischen Kreisen zu erwerben, welche sein Vorgänger, dem Fürsten Dolgoruki, viel Jahre hindurch in so großem Maße in Berlin zu Theil wurde. Allerdings war er auch nur kurze Zeit auf seinem Posten.

Rumänien.

Bukarest, 25. März. (W. T. B.) Die „Agence Roumaine" ist ermächtigt, die Blättermeldung, wonach der Finanzminister in Angelegenheit einer neuen Anleihe nach Paris reise, für vollkommen unrichtig zu erklären.

Senat. Marcescu (oppositionell) interpellirte wegen der Ernennung von Professoren in der theologischen Fakultät. Die Antwort des Unterrichtsministers wurde in befriedigender Weise zur Kenntniß genommen.

Griechenland.

Athen, 25. März. Die Auflösung der Kammer ist gestern erfolgt und damit ausgesprochen worden, daß es dem Ministerium Konstantopulos nicht glückte, aus der sogenannten „dritten" Partei Ralli-Sotiropulos durch Anschluß einer Anzahl delijannistischer Abgeordneten sich eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden. Selbst der bisherige Kammerpräsident Georgiades, welcher anfangs zu Verhandlungen geneigt schien, hat sich wieder gänzlich auf Seite Delijannis gestellt. Die Wahlen werden, trotz eines angekündigten Wahlprogramms der gegenwärtigen Regierung, unter den Flaggen von Trikupis und Delijannis geführt werden und im Interesse des inneren Friedens und der auswärtigen Gläubiger Griechenlands wäre fast zu wünschen, daß Trikupis den Sieg davontrage, weil die Hoffnung auf Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten nur an seinen Namen geknüpft wird. Jedenfalls wird Hellas nach dem 15. Mai wieder ein parlamentarisches Ministerium erhalten.

Türkei.

Nach einem aus Skutari d'Albania eingehenden Berichte bestreiten die daselbst eingelaufenen genauen Darstellungen, daß der letzte blutige Zusammenstoß zwischen den Albanesen und Montenegrinern durch einen Zufall herbeigeführt worden sei, wie dies von montenegrinischer Seite behauptet wird. Die Montenegriner sollen vielmehr aus einem Hinterhalte, und zwar auf türkischem Gebiete, den türkischen Hochzeitszug überfallen haben, wahrscheinlich, um für einen bisher ungesühnt gebliebenen Ueberfall der Albanesen auf Montenegriner, der im Oktober des vergangenen Jahres ausgeführt wurde, Rache zu nehmen. Der ersterwähnte Kampf zwischen Albanesen und Montenegrinern soll sehr lange, nach einer Angabe sechs Stunden, gedauert haben. Die Albanesen hatten 5 Todte und 8 Verwundete.

Die deutschen Arbeiterkolonien.

Am Geburtstage Kaiser Wilhelms I., am 22. März 1882, ist die erste Arbeiterkolonie eröffnet worden, und seitdem sind 22 solcher Anstalten ins Leben gerufen. Als 23. gilt die sog. Heimathkolonie Friedrich-Wilhelmsdorf bei Bremerhafen, in welcher Kolonisten, die sich bewährt haben, Land und Haus auf Lebenszeit erhalten sollen. Die arbeitslosen Landstreicher zur Arbeit zu erziehen, sie zu arbeitslustigen, tüchtigen Menschen zu machen, ist der Zweck der Arbeiterkolonien. Daß dieses Ziel in vielen Fällen erreicht worden ist, steht außer Zweifel; aber ebenso zweifellos ist die Thatsache, daß sich die Hoffnungen, die sich an die Errichtung dieser Arbeiterkolonien geknüpft hatten, nicht in vollem Maße erfüllt haben. Bis zum 31. Dezember 1891 haben 50,982 Kolonisten die Anstalten wieder verlassen; alljährlich treten fünf- bis sechstausend Leute in dieselben ein. Aber nur zum fünften Theil konnten diese Kolonisten als tüchtige Männer entlassen und in regelmäßige Arbeitsgelegenheit untergebracht werden; mehr als 60 Prozent ergriffen aufs neue den Wanderstab (als sogenannte Koloniebummler) und die übrigen mußten wegen schlechten Betragens, Arbeitsscheu oder Trunksucht entlassen werden oder machten sich heimlich davon. Ist dieses Resultat, wonach über tausend Arbeiter im Jahre zu einer regelmäßigen Beschäftigung erzogen werden, anscheinend auch kein bedeutendes, so wird man es immer als hocherfreulich gelten lassen müssen und erwarten dürfen, daß auch bei dieser schweren Arbeit der Erfolg mit den Erfahrungen zunehmen wird. Regierungsrath Evert, ein genauer Kenner des Kolonialwesens, spricht sich über die bisherigen Resultate derselben wie folgt aus: „Im Großen und Ganzen scheinen die günstigen Erfahrungen zurückzutreten und nur gerade hinzureichen, um über eine Mehrheit von ungünstigen Beobachtungen hinwegzutrösten und den Kolonien das Bewußtsein zu geben, daß ihre Arbeit doch nicht ganz vergeblich gewesen ist."

Diese Mehrheit von ungünstigen Beobachtungen ergiebt sich anschaulich aus der „Statistik der deutschen Arbeiterkolonien für 1887—90, auf Grund der offiziellen Zählkarten von Dr. G. Berthold". Nach dieser verdienstvollen Arbeit hat sich das Koloniepublikum im Laufe der Zeit als ein ganz anderes herausgestellt, als man es erwartet hatte. Die Kolonien werden nämlich, das ist heute nicht mehr zu bezweifeln, weniger von vorübergehend arbeitslosen Wanderern aufgesucht, als von vielfach bestraften, meist durch eigene Schuld, nicht durch ungünstige Arbeitskonjunkturen, herabgekommenen Leuten. Wie aus der erwähnten Statistik hervorgeht, sind nicht weniger als 77 Prozent der Kolonisten früher bereits gerichtlich bestraft gewesen. In fünf Kolonien (Rickling, Friedrichswille, Seyda, Schneckengrün und Elkenroth) wurden sogar 84,4 Prozent Bestrafte gezählt, und von diesen waren 12,3 Prozent einmal, 14,9 Prozent zweimal, 13,9 Prozent dreimal, 13,3 Prozent vier- bis fünfmal, 15,7 Prozent sechs- bis zehnmal und 14,3 Prozent zu öfteren Malen mit Haft, Gefängniß oder Zuchthaus bestraft worden. Es läßt sich aus diesen Zahlen mit aller Bestimmtheit auf die Thatsache schließen, daß die Kolonisten in ihrer größten Mehrheit nicht dem Publikum entsprechen, das bei der Begründung dieser humanen Anstalten ins Auge gefaßt worden ist. Die Arbeiterkolonien sind weniger zum Zufluchtsort solcher geworden, die zeitweise arbeitslos sind, sie sind auch nur wenig in der Lage, ihrem Zwecke der Besserung des durch widrige Verhältnisse auf schlechte Wege gedrängten Individuums zu dienen, sie sind mehr und mehr zum Sammelpunkt von Gewohnheitsverbrechern und von unverbesserlichen herabgekommenen Leuten geworden, von Leuten, die die Pause zwischen zwei Strafen durch Landstreichen und schließlich durch Aufsuchen der Kolonie auszufüllen scheinen.

Angesichts des Mißbrauchs der sonst so segensreichen Institutionen sind natürlich von den leitenden Kreisen auch Mittel und Wege zur Abhülfe ins Auge gefaßt worden. Als solche sind an erster Stelle die folgenden in Aussicht genommen: Beschränkung der wiederholten Aufnahme, Festsetzung einer Minimalaufenthaltsdauer und Fernhalten der „Koloniebummler", sowie Uebergabe dieser an die Polizei. Von diesen Maßregeln wird man sich ohne Zweifel Erfolg versprechen dürfen, wenngleich durch sie der Besuch der Kolonien an sich verringert werden würde. Dies wäre aber ganz gewiß kein Fehler, denn die schlechten Elemente, die heute in den Kolonien überwiegen, stehen der Erreichung der Ziele, die sich diese Anstalten gesetzt haben, unbedingt hinderlich im Wege; sie nehmen den unverdorbenen Arbeitern nicht allein den Platz weg, sondern sie halten auch diejenigen Wanderer, die noch nicht so heruntergekommen sind, daß sie an der Gemeinschaft mit Sträflingen Gefallen finden, vom Eintritt in die Kolonie ab und wirken durch ihre bloße Anwesenheit den Bestrebungen der Kolonie entgegen. Der Ausschluß notorisch Unverbesserlicher aus Besserungsanstalten ist eine durchaus nothwendige Maßregel, und die Reinigung der Arbeiterkolonien von dergleichen unsauberen Elementen kann der weiteren Entwickelung dieser segensreichen Institute nur von großem Vortheil sein.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 26. März. Die königliche Regierung erläßt folgende Bekanntmachung: In Nr. 12 unseres diesjährigen Amtsblatts wird eine Bekanntmachung der königlichen Haupt-Verwaltung der Staatsschulden vom 4. d. M. erscheinen, welche eine Kündigung der zur Auszahlung am 4. d. M. verloosten $3^1/_2$prozentigen Schuldverschreibungen der Staatsanleihe von 1842 enthält. Demselben Stück des Amtsblatts ist auch eine Liste jener ausgeloosten Staatspapiere beigefügt und sind in derselben zugleich die Nummern derjenigen Schuldverschreibungen verzeichnet, welche schon früher ausgeloost und gekündigt, aber bis jetzt noch nicht eingelöst sind. Indem wir auf jene Bekanntmachung und die derselben angeschlossene Verloosungsliste hierdurch aufmerksam machen, bemerken wir, daß die Verzinsung der ausgeloosten Schuldverschreibungen mit dem Kündigungstage aufhört, und daher derjenige Zinsenbetrag, welcher auf später fällige Zinsscheine dennoch erhoben werden sollte, bei demnächstiger Vorlegung der Schuldverschreibungen vom Nennbetrage gekürzt werden wird. Die vorerwähnten Verloosungslisten sind in unserem Verwaltungsbezirke noch in den Geschäftszimmern der Landräthe, Magisträte, der hiesigen königlichen Polizei-Direktion, sowie in der königlichen Regierungs-Haupt-Kasse, den königlichen Kreis- und Forst-Kassen, den Kreis-Kommunal- und Kämmerei-Kassen und endlich auf der Börse zu Stettin ausgelegt.

— In Betreff des für Stettin zu errichtenden Gewerbegerichts hat der Magistrat an die Vorstände der hiesigen Krankenkassen folgende Fragen zur Beantwortung gestellt: 1. Soll überhaupt ein Gewerbegericht für den Stadtbezirk Stettin errichtet werden, oder ist der zur Zeit hier bestehende Zustand vorzuziehen, daß die ordentlichen Gerichte auch gewerberechtliche Prozesse entscheiden? 2. Soll die sachliche Zuständigkeit des hier etwa zu errichtenden Gewerbegerichts auf bestimmte Arten von Fabrikbetrieben oder Gewerbszweigen beschränkt werden, oder soll eine solche Beschränkung nicht stattfinden? 3. Sollen der Zuständigkeit des Gewerbegerichts auch Streitigkeiten derjenigen Hausgewerbetreibenden, welche die Rohstoffe oder Halbfabrikate selbst beschaffen, unter einander bezw. mit ihren Arbeitern unterliegen oder nicht? (NB. Hausgewerbetreibende sind Personen, welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätte der letzteren mit Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind.) 4. Wie viel Beisitzer zum Gewerbegerichte sollen gewählt werden, d. h. mit anderen Worten, zu wie viel Sitzungen im Laufe eines Jahres sollen die einzelnen Beisitzer in der Regel heranzuziehen sein? (NB. Voraussichtlich wird wöchentlich je 1 Sitzung unter Zuziehung von Beisitzern stattzufinden haben und zu jeder dieser Sitzung muß je ein Arbeitgeber- und ein Arbeiter-Beisitzer herangezogen werden; es wird Fürsorge zu treffen sein, daß der einzelne Beisitzer nicht überlastet wird, aber doch Gelegenheit hat, sich einzuarbeiten.) 5. Auf wie lange Zeit sollen die Beisitzer gewählt werden? (Gesetzlich müssen sie mindestens auf 1 Jahr und dürfen sie höchstens auf 6 Jahre gewählt werden.) 6. Welche Vorschläge über die Art der Wahl von Beisitzern und das Verfahren dabei sind zu machen? Insbesondere soll die ganze Stadt einen einzigen Wahlbezirk bilden, oder aber in mehrere Wahlbezirke, etwa im Anschluß an die für die Stadtverordnetenwahlen der III. Abtheilung bestehenden Wahlbezirke getheilt werden?

— Der Hauptgegenstand der Tagesordnung des heute abgehaltenen Kreistages des Kreises Randow betraf die Berathung des Haushaltsplanes für 1892—93. Dem diesem beigegebenen Verwaltungsbericht des Kreisausschusses entnehmen wir Folgendes:

Der Kreistag ist vier Mal zusammengetreten. Der Kreisausschuß erledigte seine Geschäfte während des Jahres 1891 in acht öffentlichen und fünf nichtöffentlichen Sitzungen, in welchen 67 Verwaltungsstreitsachen und 306 Beschlußsachen zur Entscheidung gelangten. Die auf Kosten des Kreises errichteten fünf Natural-Verpflegungsstationen wurden von 11,182 mittellosen Wanderern (gegen 8253 im Vorjahr) besucht. Zur Deckung der Kosten für Verpflegung dieser Wanderer sind 5150 Mark einschließlich der Verwaltungskosten eingestellt worden, welche im Kreise aufgebracht werden müssen. Die Mitgliederzahl der Kreis-Gemeindekrankenkasse betrug Ende Dezember 1891 4798 (gegen 4782 im Jahre 1890). Die Versicherungsbeiträge und sonstige Einnahmen betrugen zusammen 34,434.80 Mark (31,551.94 Mark), die Ausgaben 53,426.64 Mark (50,087.04 Mark), mithin entstand eine Mehrausgabe von 18,991.84 Mark (18,535.10 Mark). Der Verkehr bei der Kreissparkasse befindet sich in fortwährender Zunahme. Am Schlusse des Rechnungsjahres 1889—90 betrugen die Forderungen der Sparer 4,290,220.11 Mark. Hierzu kamen im Jahre 1890—91 an neuen Spareinlagen 2,460,668.99 Mark, während 2,021,583.05 Mark zurückgezahlt wurden. Es ergiebt sich ein Bestand an Spareinlagen beim Schlusse des Rechnungsjahres 1890—91 von 4,729,306.05 Mark mit einem Gesammtüberschuß von 46,022.87 Mark, der dem Reservefonds überwiesen wurde. Die Finanzlage des Kreises ist eine günstige. Der Kreis hat keine Schulden. Die Kosten des öffentlichen Impfwesens sind gegen das Vorjahr mit 3500 Mark unverändert geblieben. Die Kosten zur Unterbringung von Blöd- und Schwachsinnigen, sowie von Epileptischen stehen mit 5000 Mark in Ausgabe. Gegen das Vorjahr, für das nur 3700 Mark angesetzt waren, ist eine bedeutende Erhöhung eingetreten, weil nach dem Gesetze vom 11. Juli 1891 größere Anforderungen an den Kreis herantreten. Zur Unterstützung von Bezirks-Hebammen und zur Beschaffung von Büchern, Instrumenten und Desinfektionsmaterial stehen 1500 und 500 Mark in Ausgabe. Der Fonds zur Unterstützung der Hebammen hat gegen das Vorjahr um 600 Mark erhöht werden müssen. Hinsichtlich der Verkehrsanstalten ist der Bau einer Eisenbahn untergeordneter Bedeutung von Stettin nach Jasenitz auf Staatskosten beabsichtigt. Der Kreistag hat am 9. Dezember v. J. die erforderlichen Geldmittel für den Erwerb des benöthigten Bodens, welche neben den von Interessenten gezeichneten freiwilligen Beiträgen etwa 300,000 Mark betragen dürften, einstimmig bewilligt. Die Gesammtlänge der Kreischausseen beträgt 86,703 Meter oder rund 11,6 Meilen. Der bauliche Zustand dieser Chausseen ist im Allgemeinen befriedigend, theilweise gut, und nur auf einigen kurzen Strecken so mangelhaft, daß baldigst gründliche Ausbesserungen durch Neuschüttungen oder Umpflasterungen nothwendig werden. In den Anschlägen für 1892—93 sind daher 4285 Meter Neuschüttungen vorgesehen. In der Lindenstraße zu Grabow sollen Umpflasterungen auf einer Fläche von 1666 Quadratmetern vorgenommen werden. Da die gegenwärtige Breite der Fahrbahn daselbst für den großen Lastenverkehr nicht ausreichend ist, so soll neben der gänzlichen Umpflasterung des mangelhaften Fahrdammes dessen Verbreiterung um etwa 2 Meter zur Ausführung gebracht werden. Es hat sich ferner das Bedürfniß herausgestellt, den Sommerweg und Bürgersteig auf dem Frauendorfer Berge im Zuge der Stettin-Pölitzer Chaussee mit kleinen Ziegelstücken, welche als Fundament für die Aufbringung des Kieses dienen sollen, gehörig zu befestigen. Die Kosten der gewöhnlichen Unterhaltung der Kreischausseen einschließlich der Neuschüttungen und Umpflasterungen sind auf 41,100 Mark (3100 Mark weniger wie im Vorjahre) berechnet worden, aufs Kilometer und Jahr durchschnittlich 474 Mark. Was den Neubau der Kreischaussee Gartz-Sommersdorf anbelangt, so sind auf den Strecken von Gartz bis Hohenselchow und von Kasekow bis Sommersdorf die Erdarbeiten, Brücken und Durchlässe fast ganz fertiggestellt, auch sind die Materialien für die Steinbahn und den Sommerweg zum großen Theil bereits angeliefert und bearbeitet. Auf der Strecke Hohenselchow-Kasekow sind die Erdarbeiten auch bereits in Angriff genommen und auf etwa 2 Kilometer Länge fertig gestellt. Die unter der Verwaltung des Kreises stehenden Provinzial-Chausseen haben eine Gesammtlänge von 70,415 Metern oder rund 9,4 Meilen. Neuschüttungen sind erforderlich in einer Länge von 3825 Metern, Neu- und Umpflasterungen in der Länge von 680 Metern oder 3400 Quadratmetern. Die Kosten der Unterhaltung und der Aufbesserungen sind auf zusam-

men 44,000 Mark (625 Mark aufs Kilometer und Jahr) berechnet worden (500 Mark höher als im Vorjahr). Was die Wegebauten betrifft, so ist im abgelaufenen Rechnungsjahre der 847 Meter lange Weg von der Feldmarksgrenze des Gutes Schadeleben durch die Gemarkung des Gutes Prielipp bis zur Feldmarksgrenze mit der Gemeinde Stoewen mit einem Kostenaufwande von 18,296 Mark hergestellt worden, wozu die Provinz 5350 Mark, der Kreis 2700 Mark beigesteuert hat. Die seit dem Inkrafttreten der Kreisordnung ausgebauten Wegestrecken haben eine Länge von zusammen 66,019 Metern oder rund 8⁴/₅ Meilen. Im Bau befinden sich die Landstraße vom Bahnhof Löcknitz über Rothen-Klempenow bis zur Stolzenburger Glashütte (15,816 Meter lang) und der Damm von Wolfshorst bis zur Königs-Ablage bei Ehrenthal nebst Brücke über die Krampe (720 Meter lang). Zum Ausbau sind ferner noch als projektirt angemeldet und theilweise auch schon prämiirt: eine Landstraße von Pölitz über Trestin nach Falkenwalde (7259 Meter), eine Landstraße von Finkenwalde über Podejuch bis zur dortigen Bahnstation (4045 Meter) nebst Abzweigung von Podejuch nach Friedensburg (233 Meter), sowie ein Weg von der Zichorienfabrik „Ludwigslust" über Dorf Scheune nach der Scheuner Zuckerfabrik in Verbindung der beiden Provinzialchausseen Stettin-Pasewalk und Stettin-Berlin (2561 Meter) nebst Abzweigung vom Dorf Scheune bis zur Feldmarksgrenze mit Schadeleben (760 Meter lang). Bezüglich der Amts- und Gemeindeverwaltung ist zu bemerken, daß die Vorbereitungen zur Einführung der neuen Landgemeindeordnung getroffen worden sind. — An Kreis-Kommunalabgaben für 1892—93 werden 70,050 Mark, einschließlich 5150 Mark für die Verpflegungsstationen, erhoben werden. Die Nachweisung von dem Stande der Randower Kreis-Kommunalkasse für 1891—92 ergiebt bis Ende Februar d. J. eine Gesammteinnahme von 845;117 Mark und eine Ausgabe von zusammen 800,876.39 Mark. Nach Einrechnung der bis zum Schluß des Rechnungsjahres noch zu erwartenden Einnahmen und zu leistenden Ausgaben wird ein Bestand von zusammen 335,677.61 Mark berechnet, darunter 41,062.36 Mark Vorschußzahlungen für angelieferte Chausseematerialien.

Der Etat wurde in Einnahme und Ausgabe mit 232,050 Mark festgestellt und genehmigt. Sodann wurde die Prüfung der im Monat November 1891 stattgefundenen Kreistags-Ergänzungswahlen und die Einführung der neugewählten Kreistagsabgeordneten vorgenommen. — Der Versammlung lag vor die Kreis-Kommunal-Kassen-Rechnung für das Rechnungsjahr 1890 bis 1891, ferner die Kreissparkassen-Rechnung für 1890—91, sowie die Rechnung für die Kreis-Gemeinde-Krankenkasse per Kalenderjahr 1890. Die gebetene Decharge-Ertheilung für die drei Posten geschieht. — Es folgten verschiedene Wahlen. — Dem Kreisausschuß wurde die Ermächtigung ertheilt, das Haus Marienplatz 4, in welchem sich die Randower Kreissparkasse befindet, für 51,000 Mark anzukaufen. — An Gut und Gemeinde Scheune für den Ausbau des Weges von der Zichorienfabrik „Ludwigslust" durch Dorf und Gemarkung Scheune bis zur Scheuner Zuckerfabrik in Verbindung der Stettin-Pasewalker und der Stettin-Berliner Chausseen wird 50 Proz. der Kosten vom Kreistage bewilligt (22,650 Mark.) — Ferner ertheilte die Versammlung dem Kreisausschuß die Befugniß, für den Kreis Randow ein Gewerbegericht zu errichten.

* Gestern spät Abends fuhren durch die Stoltingstraße zwei Dungwagen des Ziegeleibesitzers Wraske. Der Kutscher des ersten Wagens hatte seine Laterne verloren und kam nun bei, von einem andern in der Straße haltenden Wagen die Laterne zu stehlen, um sich dann schleunigst zu entfernen. Der Wächter hielt den Kutscher des zweiten Wagens an, um den Namen jenes Diebes festzustellen. Da derselbe jedoch angab, ihn nicht zu kennen, wurde sein eigener Name, sowie der des Arbeiters auf dem ersten Wagen vom Wächter notirt und dürfte somit der Name des Thäters wohl herauskommen und er seiner Strafe entgegengehen.

— In den Stettiner Zentralhallen erfreut sich das zur Zeit dort wirkende Ensemble fortgesetzt des größten Beifalls, aber das Gebotene ist auch so reichhaltig und vielseitig, daß selbst die weitgehendsten Ansprüche befriedigt werden. Vor Allem erregen die vortrefflichen Leistungen der Isolani-Truppe und die grotesken Teufelssprünge der The Maackwods allabendlich Aufsehen, gleiche Beachtung verdienen die schwierigen Luft-Evolutionen von Miß Nora und Amerigo, am Schluß mit dem Riesensprung Miß Nora's, und die vorzüglichen Ballettouren von Frl. Lina Genée. Das humoristische Genre wird auf das wirkungsvollste durch die Duettisten Stephani-Behrens und den Tanzkomiker Herrn Krugler vertreten. Am morgigen Sonntag findet der erste Gürtel-Ringkampf zwischen Herrn Emil Voß und einigen hiesigen, als stark bekannten Männern statt.

— Eine beachtenswerthe Klassiker-Vorstellung bietet am Montag das Stadttheater. Zum Benefiz für den vielbeschäftigten Regisseur Herrn Walter gelangt „Hamlet" zur Aufführung; die Titelrolle spielt der Benefiziant, während dessen Gattin die „Ophelia" übernommen hat. Da die Vorstellung zu kleinen Preisen stattfindet, ist wohl auf sehr zahlreichen Besuch zu rechnen.

— Steckbriefe sind erlassen: von der hiesigen königlichen-Staatsanwaltschaft gegen den Handlungs-gehülfen W. A. Oest aus Dänemark, zuletzt in Stettin wohnhaft, wegen Betrug und Unterschlagung und gegen den Kaufmann Max Wolff von hier, welcher sich der Vollstreckung einer gegen ihn anerkannten 3monatlichen Gefängnißstrafe entzogen hat, ferner von dem Amtsgericht in Stargard wider den Kaufmann und Buchhalter, früheren Bauführer und Eisenbahn sekretär Franz Otto Bloczinsky aus Klützow wegen Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung.

— (Personal-Chronik.) An Stelle des nach Potsdam versetzten Ober-Präsidialraths von Bülow ist der Ober-Präsidialrath Hagen hierselbst zum Mitgliede des Provinzialraths der Provinz Pommern ernannt worden. — Der Regierungs-Rath Graf zu Dohna-Lauck von der königlichen Regierung zu Wiesbaden ist an die königliche Regierung zu Stettin versetzt worden. — Der Regirungs-Rath Blümke von der königlichen Regierung zu Stettin ist zum Mitgliede des Bezirksausschusses in Arnsberg und zum Stellvertreter des Regierungs-Präsidenten im Vorsitze dieser Behörde mit dem Titel „Verwaltungsgerichtsdirektor" ernannt worden. — Der Rittergutspächter Peters-Stolpe ist zum Amtsvorsteher und der Rittergutsbesitzer Ferno-Medow zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks Medow vom 1. April 1892 ab auf die Dauer von 6 Jahren ernannt. — Der Schiffskapitän Karl Heyn zu Eggesin ist zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Eggesin ernannt worden. — An Stelle des königlichen Amtsraths Gründler zu Heidchen ist der königliche Domänenpächter Barths zu Kolbatz zum Standesbeamten für den Bezirk Kolbatz ernannt worden. — Im Kreise Pyritz ist für den Standesamtsbezirk Klützow der Buchhalter Riegert in Klützow zum 2. Stellvertreter des Standesbeamten ernannt. — An dem Gymnasium zu Belgard a. Pers. ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Jonathan Heling zum Oberlehrer und die Anstellung des bisherigen wissenschaftlichen Hülfslehrers Dr. Wilhelm Hosenfeldt als ordentlichen Lehrers genehmigt.

* Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,30 Mark, Vorderfleisch 1,20 Mark, Filet 1,80 Mark; Schweinefleisch: Kotelettes 1,40 M., Schinken 1,20 Mark, Bauch 1,30 Mark; Kalbfleisch: Keule 1,20—1,30 Mark, Vorderviertel 1,10 Mark, Kotelettes 1,60 M.; Hammelfleisch: Kotelettes 1,40 Mark, Keule 1,30 Mark, Vorderfleisch 1,20 Mark; geräucherter Speck 1,60 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10 bis 20 Pf. billiger.

Aus den Provinzen.

☿ **Swinemünde**, 24. März. Die Stadtverordneten-Versammlung hierselbst hatte das Gehalt des zu wählenden Bürgermeisters auf 4000 Mark jährlich inkl. 400 Mark Wohnungsgeldzuschuß festgesetzt. Der Bezirksausschuß findet dieses Gehalt ꝛc. für zu gering und erklärt, daß mindestens 5000 Mark jährlich bewilligt werden müßten. Gegen diese Entscheidung will die Stadtverordneten-Versammlung an den Bezirks-Ausschuß appelliren und ein Minimalgehalt von 4000 Mark jährlich mit der Maßgabe festsetzen, daß von 3 zu 3 Jahren 500 Mark Zulage bis zum Höchstbetrage von 5000 Mark bewilligt werde.

Pasewalk, 25. März. Die gesetzlich eingeführte Hufschmiedeprüfung findet hierselbst vor der Prüfungs-Kommisson für den Hufbeschlag am 10. Juni d. J. statt. Meldungen für dieselbe sind an den Vorstand der Prüfungs-Kommission, Herrn Kreisthierarzt Huth hierselbst zu richten.

Demmin, 25. März. Durch einen schrecklichen Unglücksfall, welcher sich in Neubrandenburg ereignete, sind die zahlreichen Angehörigen einer hiesigen sehr geachteten Familie in die größte Betrübniß versetzt worden. Der Eisenbahnschaffner Herr Pölck verließ beim Einfahren eines Zuges in Neubrandenburg sein Koupee, wie gewöhnlich, wohl einige Augenblicke, bevor der Zug stand. Durch noch unerklärte Zufälle gerieth Herr Pölck ins Stolpern, fiel und kam unter den nachrollenden Zug zu liegen. Der Tod des Unglücklichen trat auf der Stelle ein.

Kunst und Literatur.

Am 28. März ist das Fest zur 300jährigen Geburtsfeier des großen Reformators im Schulwesen J. A. Comenius. Ueber das Leben desselben hat H. Tiemann ein Buch **„Johann Amos Comenius. Ein Bild eines Schulmannes aus alter Zeit"**, Braunschweig, bei Appelhans u. Pfenningstorff, veröffentlicht, welches wir empfehlen können. Durch Comenius ward eine neue Methode des Unterrichtes eingeführt. Jede Sprache kann nur durch Sprechen, nicht durch Lesen gedruckter Bücher erlernt werden, dies hatte Comenius begriffen, während man es jetzt vergessen hat. Möge das Fest in dieser Beziehung segensreich auf unsere Schulen einwirken. [49]

Der preußische Train. Eine Studie von einem Offizier a. D. Wiesbaden bei J. G. Birlenbach. Preis 40 Pf. Der Verfasser weist die großen Fehler nach, an denen das Trainwesen trotz der vorgenommenen Verbesserungen auch heute noch leidet, und was wichtiger ist, er weist nach, wie diese Fehler ohne jede weiteren Kosten beseitigt werden können. Wir können das Heft allen Offizieren warm empfehlen. [33]

Moderne realistische Literatur im Lichte der Ethik und Aesthetik. Berlin SW., Oranienstraße 104. Heft 2. Preis 50 Pf. Es ist ein verdienstliches Werk, daß von deutscher Sitte aus dem unkünstlerischen Treiben der Realisten entgegengetreten wird. Leider ist vielen Realisten das Gefühl deutscher Sitte und Sittlichkeit verloren gegangen, jedenfalls fehlt es ihnen an jedem Verständnisse des Idealen und damit der Grundlage jeder Kunst. Es ist, als ob sie mit Wohlgefallen im Schmutze des Lebens, der ja auch bei der höchsten Entwicklung des Lebens nicht ausbleiben kann, sich bewegten. Wir können eine solche trostlose Verirrung nur bedauern. [34]

Jagd und Sport.

Se. königl. Hoheit Prinz Friedrich Leopold entsandte, wie der in Berlin erscheinende „Deutsche Sport" meldet, am vergangenen Dienstag zwei Beamte seiner Verwaltung nach Hoppegarten, um hier die Anlage der Sprünge auf der Ideabahn zu besichtigen und Zeichnungen derselben anzufertigen. Der Prinz beabsichtigt auf einem ihm gehörigen Terrain bei Potsdam einen Springgarten anzulegen, wozu die allerdings mustergültigen Hindernisse der Ideabahn als Vorbilder dienen sollen.

Vermischte Nachrichten.

Eisenach, 24. März. Die Wartburg-Restauration ist um das Doppelte des bisher gezahlten Pachtgeldes von 18,000 Mark, also um 36,000 Mark verpachtet worden.

Myslowitz, 25. März. (Der „schlafende Bergmann" gestorben.) Der Bergmann Johann Latos, welcher nach 4½monatlichem Schlafe erwachte, ist im hiesigen Knappschafts-Lazareth nach längeren Leiden gestorben.

— Am Dienstag war das Publikum in Warschau gezwungen, einem ernsten Löwenkampf beizuwohnen, der, dank dem muthigen Eingreifen des Löwenbändigers Frhrn. v. Creytz mit der Niederlage der Bestie endete. Herr von Creytz kam einer Fachkollegin, der Miß Cray zu Hülfe, auf welche sich, als sie in gewohnter Weise am Abend den Löwenkäfig betrat, die zweijährige nubische Löwin „Asra" unvermuthet gestürzt hatte. Das wildgewordene Thier grub seiner Herrin die Pranken tief in die Brust. Freiherr von Creytz, der Zeuge dieses Vorganges war, sprang kurz entschlossen in den Löwenkäfig, blendete mit einem Taschenmesser (ein anderes Instrument war nicht zur Stelle) die fauchende Bestie und befreite die in ihrem Blute schwimmende Kollegin. Die Aerzte hoffen die schrecklich Zugerichtete am Leben zu erhalten. Freiherr von Creytz stammt aus Magdeburg und trat vor einigen Monaten in der dortigen Flora auf.

Börsen-Berichte.

Stettin, 26. März. Wetter: Schön. Temperatur + 11° Reaumur. Barometer 759 Millimeter. — Wind: SW.

Weizen wenig verändert, per 1000 Kilogramm loko 205—214 bez., per April-Mai 209,00 B. u. G., per Mai-Juni 209,00 B. u. G., per Juni-Juli 209 B. u. Gd.

Roggen matter, per 1000 Kilogramm loko pommerscher 198—204,00 bez., per April-Mai 209 B., 208,50 bez., per Mai-Juni 205 B., 204,00 Gd., per Juni-Juli 201,50 B. u. Gd.

Gerste unverändert, per 1000 Kilogramm loko 150—176 bez., Märker —,— bez.

Hafer unverändert, per 1000 Kilogramm loko 146—154 bez.

Rüböl ohne Handel.

Spiritus matt, per 100 Liter a 100 Prozent loko 70er 40,8 bez., loko 50er —,—, per April-Mai 70er 41,0 nom., per Juli-August 70er —, per August-September 70er 42,5 nom., per September-Oktober 70er —.

Angemeldet: Nichts.

Landmarkt.

Weizen 212—216. **Roggen** 198—202. **Gerste** 148—158. **Hafer** 154—160. **Rübsen** —,—. **Heu** 3,00—3,50. **Stroh** 30—32. **Kartoffeln** 74—85. **Erbsen** —,—.

Berlin, 26. März. Weizen per April-Mai 192,50 bis 192,00 Mark, per Mai-Juni 193,00 Mark, per Juni-Juli 193,75 Mark.

Roggen per April-Mai 208,75 bis 208,25 Mark, per Mai-Juni 203,25 Mark, per Juni-Juli 198,25 Mark.

Rüböl per April-Mai 53,00 Mark, per September-Oktober 53,20 Mark.

Spiritus loko 70er 42,20 Mark, per April-Mai 70er 42,00 Mark, per August-September 70er 43,30 Mark.

Hafer per April-Mai 150,00 Mark, per Juni-Juli 151,75 Mark.

Petroleum per März 23,00 Mark.

London. Wetter: prachtvoll.

Berlin, 26. März. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	106,50	London kurz	206 40
do. do. 3½%	99,60	London lang	204,15
Deutsche Reichsanl. 3%	85 60	Amsterdam kurz	20 34
Pomm. Pfandbriefe 3½%	95,90	Paris kurz	168,85
Italienische Rente	87,90	Belgien kurz	81 05
do. 5% Eisenb.-Oblig.	54,25	Bredow. Cement-Fabr.	80 95
Ungar. Goldrente	92,40	Neue Dampf.-Comp.	97 30
Rumän. 1881er amort.		(Stettin) . . .	80 25
Rente	96,90	Stett. Chamotte-Fabr.	
Serbische 5% Rente	78,90	Didier	199,50
Griechische 6% Goldrente	52 00	„Union", Fabrik chem	
Russ. Boden-Credit 4½%	95,20	Produkte	116 60
do. do. von 1880	92 60	**Ultimo-Kourse:**	
Mexikan. 6% Goldrente	80 70	Disconto-Commandit	179,00
Oesterr. Banknoten	172,35	Berliner Handels-Gesell.	128,80
Russ. Banknot. Cassa	206,75	Oesterr. Credit	171 25
do. do. Ultimo	—,75	Dynamite-Trust	136 00
National-Hyp.-Cred.-	103 50	Bochumer Gußstahlfabrik	110,90
Gesellschaft (110) 4½%	100,50	Laurahütte	102,50
do. (110) 4%	100,00	Harpener	138,90
do. (100) 4%	—,—	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	128,30
P. Hyp.-A.-B. (100) 4%		Dortm. Union St.-Pr. 6%	53,50
V.—VI. Emission	101 40	Ostpreuß. Südbahn	71,75
StettVulc.-Act. Litt. B.	111,00	Marienburg-Mlawka-	
StettVulc.-Priorität	—,—	bahn	57 40
Stett Maschinenb.-Anst.		Mainzerbahn	113,10
vorm. Möller u. Holberg		Norddeutscher Lloyd	92,00
Stamm-Akt. a 1000 M.	125,10	Lombarden	41 25
6 proz Prioritäten	——	Franzosen	123,20
Petersburg kurz	93,00		

Tendenz fest.

Berlin, den 25. März 1892.

Butter-Wochen-Bericht
von
Gebrüder Lehmann u. Co.,
NW. 6, Luisenstraße 43—44

Die dieswöchentliche Notirung für feine Butter ist wiederum 4 Mark gewichen. Nachdem die Preise jetzt dem feinen 120 Pfg.-Ausstich besser Rechnung tragen, hofft man den schwachen Konsum dadurch etwas zu beleben.

Dieser Abwärtsbewegung der Preise schloß sich die Notirung für Landbutter an, welche um ca. 3 Mark nachgab.

Im Großhandel an Produzenten franko Berlin bezahlte Abrechnungspreise sind: (Alles per 50 Kilo) für feine und feinste Sahnenbutter von Gütern, Milchpachtungen und Genossenschaften Ia 107—110, IIa 104—106, IIIa 101—103, abfallende 95—100 Mark.

Landbutter: pommersche 92—95, Netzbrucher 90—93, preußische und Littauer 92—95, polnische —,—, galizische 85—88, schlesische 92 bis 95, baierische Senn- —,—, baierische Land- 90—93 Mk.

Börsen-Wochenbericht
von
Viktor Mushack, Bankgeschäft,
Berlin W., Kronenstraße 56.
Den 25. März.

Wenn auch noch die allgemeine Geschäftslust zu wünschen übrig läßt, so befinden wir uns — wie auch der Verlauf dieser Woche klar erkennen ließ — in dem Zustand erfreulicher Rekonvalescenz. — Während das Kapital noch vor kurzer Zeit völlige Enthaltsamkeit bekundete, beginnt es jetzt bereits dem „Rentenmarkt" zuzuströmen und es bedarf keiner Prophetengabe, um vorauszusehen, daß sich das Vertrauen zur Fondsbörse weiter befestigen und bald auch auf andere Gebiete erstrecken wird. Wie der abnorm theure Geldstand vor zwei Jahren den Keim der schweren Krisis in sich trug, so untrüglich bedeutet die heutige abnorme Geldflüssigkeit die sicherste Grundlage für einen neuen finanziellen und wirthschaftlichen Aufschwung. — Wie schon erwähnt, konzentrirte sich das Hauptgeschäft auf „Staats-Anleihen" und zwar besonders auf

Italienische
Türkische
Serbische
Oester.-Ungarische } Titres,

also auf jene, die ich schon längst als sehr beachtenswerth für Kapital und Spekulation bezeichnet habe und die ich auch heute zum Ankaufe per Kasse und per Ultimo angelegentlichst empfehle. — Italienische Fonds mußten bekanntlich wegen der Abneigung des französischen Kapitals und unter der gleichzeitigen Ungunst der europäischen Börsenverhältnisse erhebliche Kurszugeständnisse machen. In letzter Zeit hat aber außerdem die Pariser Spekulation sich dieser Staatsanleihe bemächtigt und sie unter dem ungerechten Vorwurf einer sehr ungünstigen Finanzlage auf einen Kurs gedrängt, der seit einem Jahrzehnt nicht notirt worden ist. Ich nahm deshalb schon im vorigen Bericht unter Hinweis auf die stark engagirte Kontremine Veranlassung, eine Spekulation mit dem relativ unerheblichen Risiko einer Prämie einzugehen und erlaube mir hiermit, diese sehr zeitgemäße Operation zu empfehlen. Es kostet heute eine Prämie per ultimo Mai 1 Prozent.

Das fortdauernd sehr lebhafte Interesse für Türkische Fonds habe ich bereits in meinen früheren Berichten motivirt. Im Anschlusse an den vorjährigen Etatsbericht vom 13. März 1890 bis 12. März 1891 kann man für das verflossene Jahr auf einen weiteren Fortschritt in der Finanzlage dieses Staates mit Bestimmtheit rechnen, sodaß die Anlage in diesen Fonds nicht nur als eine sichere, sondern zugleich als eine chancenreiche aufgefaßt werden kann. Es ist daher auch das in letzter Zeit ventilirte Projekt von der Konvertirung der Gruppentürken in eine 4proz. Anleihe durchaus spruchreif, wenn es sich auch erst vielleicht im nächsten Jahre durchführen ließe. Jedenfalls beweist dieses Projekt, daß auch die haute finance die finanzielle Entwickelung dieses Landes sehr gewissenhaft beobachtet.

Die Serbischen Staatsanleihen wurden in letzter Zeit vornehmlich durch die innere Politik beeinflußt, indem man in derselben einen ungebührlichen Einfluß Rußlands und Frankreichs wahrgenommen haben wollte. Inwieweit diese Auffassung richtig war, läßt sich nicht kontrolliren, doch scheint die durch die Exmission eines deutschen Zeitungskorrespondenten hervorgerufene öffentliche Diskussion eine sehr heilsame Wirkung auf das Parlament ausgeübt zu haben, da dieses sich jetzt als eine feste Stütze der Regierung erweist. Finanziell zählt Serbien zu den wenigen Staaten, deren Steuerkraft im Wachsen begriffen ist, sodaß sich mit einer Anlage in den Anleihen dieses Staates aller Voraussicht nach neben sehr guter Verzinsung ein erheblicher Koursgewinn erzielen läßt.

Bemerkenswerthe Kauflust zeigte sich für Eisenbahn-Aktien, unter welchen die Mainz-Ludwigshafen-Eisenbahn-Aktien und Oesterreichischen Elbethalbahn-Aktien zu jetzigen Koursen billig und steigerungsfähig erschienen. — Die Mainz-Ludwigshafen-Eisenbahn, welche in früheren Jahren durch die Staatsbahn mit allen möglichen Mitteln im Verkehr geschädigt worden ist, befindet sich seit einigen Jahren in langsamer aber stetiger Entwickelung, die auch in der Bewerthung der Aktie zum Ausdruck gelangte. Erst während der Kalamität der Börse verlor auch diese sehr solide Aktie ihren Halt und notirt heute ca. 15 Prozent unter ihrem früheren Standpunkte. Wie schon gesagt, hat sich die Verkehrsentwickelung stetig gebessert, und der 1891er Dividendenschein, welcher jetzt noch mitgeliefert wird, dürfte einen Werth von 4¾ Prozent repräsentirtn. Ich bin der Meinung, daß auch diese Aktie, wie viele andere solide Werthe bald wieder zu Ehren kommen wird, und empfehle den Ankauf per Kasse wie die Spekulation per Ultimo. — Auf die Elbethalbahn-Aktie machte ich schon im vorigen Bericht von Neuem aufmerksam. Wie außerordentlich entwicklungsfähig diese Eisenbahn ist, geht daraus hervor, daß sie in den ersten beiden Monaten dieses Jahres, welche doch speziell für die österreichischen Eisenbahnen sehr ungünstige Ergebnisse geliefert haben, 25,000 Gulden mehr als in der gleichen Periode des Vorjahres erzielt hat. Ich zweifle nicht, daß sich die Spekulation dieser Aktie über kurz oder lang zuwenden wird, da in der heutigen Bewerthung die sich darbietenden Chancen noch nicht eskomptirt sind.

Auf dem Markte für Industriepapiere blieben u. a.

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktien,
Berlin-Wilmersdorfer Terrain-Aktien

in lebhaftem Verkehr.

Bremen, 25. März. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Still. Loko 6,05 B. Baumwolle ruhig.

Wien, 25. März. Katholischen Feiertags wegen keine Börse.

Amsterdam, 25. März, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, per März —,—, per Mai 221,00. — Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine niedriger, per März 210,00, per Mai 212,00. — Raps per Frühjahr —,—. — Rüböl loko 26,75, per Mai 26,00, per Herbst 27,00.

Amsterdam, 25 März. Java-Kaffee good ordinary 53,50.

Amsterdam, 25. März, Nachmittags. Bancazinn 54,50.

Antwerpen, 25. März. Getreidemarkt. Weizen niedriger. Roggen ruhig. Hafer weichend. Gerste schwach.

Antwerpen, 25. März, Nachmittags 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loko 14,00 bez. u. B., per März 14,00 B., per April 14,00 B., per September-Dezember 14⅛ B. Ruhig.

Paris, 25. März, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 38,50. Weißer Zucker weichend, Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 38,75, per April 38,87½, per Mai-August 39,50, per Oktober-Januar 35,60.

Paris, 25. März, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Fest.

		Kours vom 24.
3% amortisirb. Rente	—,—	97,90
3% Rente	96,52½	96,50
4½% Anleihe	105,50	105 50
Italienische 5% Rente	87,95	86,97½
Oesterr. Goldrente	95,00	95,50
4% ungar. Goldrente	92,12½	92,06
4% Russen de 1880	—,—	—,—
4% Russen de 1889	93,30	93,20
4% unifiz. Egypter	486,56	487,18
4% Spanier äußere Anleihe	59,25	59,25
Convert. Türken	19,60	19,80
Türkische Loose	73,10	73 60
5% privil. Türk.-Obligationen	418,00	418 00
Franzosen	611,25	613 75
Lombarden	205,00	203 75
„ Prioritäten	295,00	293,00
Banque ottomane	548,00	552,00
„ de Paris	620,00	616,00
„ d'escompte	148,00	148,00
Crédit foncier	1201,00	1208,00
„ mobilier	147,00	147,00
Meridional-Aktien	591,00	592,00
Panama-Kanal-Aktien	16,00	18,00
„ 5% Obligationen	16,00	19,00
Rio Tinto-Aktien	454,30	458,10
Suezkanal-Aktien	2750,00	2742,00
Gaz Parisien	1463,00	1465,00
Credit Lyonnais	758,00	773,00
Gaz pour le Fr. et l'Etrang.	538,00	535,00
Transatlantique	540,00	542,00
B. de France	4230,00	4245,00
Ville de Paris de 1871	411,00	412,00
Tabacs Ottom.	349,00	353,00
2¾ Cons. Angl.	96,25	96,25
Wechsel auf deutsche Plätze 3 Mt.	122⅞	122⅞
Wechsel auf London kurz	25,20	25,18½
Cheque auf London	25,21½	25,20
Wechs. Amsterdam k.	206,12	206,06
„ Wien. k.	209,50	209,50
„ Madrid k.	421,50	419,50
Comptoir d'Escompte neue	481,00	483,00
Robinson-Aktien	83,70	—,—

London, 25. März. An der Küste 5 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Trübe.

London, 25. März. 96% Javazucker loko 15,87, ruhig. — Rübenrohzucker loko 13,50, ruhig.

London, 25. März. Chili-Kupfer 46,62, per 3 Monat 47,12.

Liverpool, 25. März. Getreidemarkt. Weizen 1 d. niedriger. Mehl ruhig. Mais stetig. — Wetter: Trübe.

Glasgow, 25. März, Nachm. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbres warrants 40 Sh. 10 d. Käufer, 41 Sh. 3 d. Verkäufer.

Newyork, 25. März, Vorm. Petroleum. (Anfangskourse.) Pipe line certificates per April 54,50. Weizen per Mai 93,50.

Newyork, 25. März. Wechsel auf London 4,86. Petroleum in Newyork 6,20, in Philadelphia 6,15, rohes (Marke Parkers) 5,50. Pipe line certif. per April — D. 55⅝ C. Mehl 3 D. 80 C. Rother Winter-Weizen loko 1 D. 01 C. Rother Weizen per März — D. 97 C., per April — D. 96½ C., per Mai — D. 94 C. Getreidefracht 3,50. Mais per April 48¼. Zucker 2¾. Schmalz loko 6,52. Kaffee Rio Nr. 7 14⅜. Kaffee per April ord. Rio Nr. 7 13,42. Kaffee per Juni ord. Rio Nr. 7 12,82. Weizen (Anfangs-Kours) per Mai 93½.

Woll-Berichte.

Antwerpen, 25. März, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Herren Wilkens u. Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per April 4,15 Verkäufer, per Juli 4,25, per Oktober 4,30 Käufer.

Bankwesen.

Paris, 25. März. Bankausweis.
Baarvorrath in Gold Franks 1,401,827,000, Zunahme 8,426,000.
Baarvorrath in Silber Franks 1,270,818,000, Zunahme 5,495,000.
Portefeuille der Hauptbank und deren Filialen Franks 519,568,000, Abnahme 43,304,000.
Notenumlauf Franks 3,050,134,000, Abnahme 30,366,000.
Laufende Rechnung der Priv. Franks 453,412,000, Zunahme 1,797,000.
Guthaben des Staatsschatzes Franks 188,554,000, Zunahme 14,174,000.
Gesammt-Vorschüsse Franks 328,051,000, Abnahme 761,000.
Zins- und Diskont-Erträgnisse Franks 6,048,000, Zunahme 280,000.
Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorumlauf 87,62 Prozent.

London, 25. März. Bankausweis.
Totalreserve Pfd. Sterl. 17,439,000, Zunahme 22,000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 24,703,000, Zunahme 49,000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 25,692,000, Zunahme 71,000.
Portefeuille Pfd. Sterl. 29,892,000, Zunahme 1,514,000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 28,147,000, Zunahme 607,000.
Guthaben des Staates Pfd. Sterl. 11,508,000, Zunahme 933,000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 16,093,000, Zunahme 137,000.
Regierungs-Sicherheiten Pfd. Sterl. 10,785,000 unverändert.
Prozent-Verhältniß der Reserve zu den Passiven 43⅞ gegen 45½ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 110 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres weniger 36 Millionen.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 26. März. Die Ernennung des Grafen Eulenburg zum preußischen Ministerpräsidenten bedingt die Einbringung eines Nachtrags-Etats im Landtage, da für diesen Posten keine Gehaltsforderung eingestellt, auch keine Dienstwohnung vorhanden ist. Die Mittel für eine miethsweise Beschaffung der Wohnung muß der Landtag bewilligen.

Berlin, 26. März. Die Nachwehen des Buchdruckerstreiks haben sich bis jetzt bei den Gehülfen fühlbar gemacht. Ein Inserat im „Vorwärts" giebt bekannt, daß die freiwillige Sammlung für die arbeitslosen Gehülfen laut Beschluß des Vorstandes des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer am Sonnabend, den 10. April, zum letzten Male erhoben wird.

Wien, 26. März. Da die Verhandlungen der Ausgleichskommission ein günstiges Resultat kaum erhoffen lassen, glaubt man, daß der Statthalter Graf Thun seine Entlassung einzureichen beabsichtige. Die Bemühungen des Ministers Grafen Khünburg, die Ausgleichsverhandlung zu einem guten Ende zu führen, sind vollständig erfolglos geblieben. Deutschliberale Kreise ventiliren deshalb ernstlich die Frage, ob Graf Khünburg noch länger dem Kabinet angehören könne.

Paris, 26. März. Der Urheber des Dynamit-Attentates auf dem Boulevard St. Germain, Ravachol, ist ein gewöhnlicher Zuchthäusler und keineswegs ein Anarchist. Ravachol ermordete und beraubte im Jahre 1888 eine Frau und deren Vater in Granay, 1889 einen Greis in Cote de bois, 1891 einen Greis in Notre dames des Graces und brach in demselben Jahr aus dem Zuchthause aus. Der Verbrecher wollte den Gerichtsrath Benoit, der ihn zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt hatte, durch Dynamit aus der Welt schaffen. Die verhafteten Anarchisten scheinen an der durch Ravachol hervorgerufenen Dynamit-Panik unschuldig zu sein.

Rom, 26. März. Die Regierung beschloß sämmtliche Strafanstalten vom Festland auf die Inseln zu verlegen.

London, 26. März. Eine Abtheilung Dragoner hat Befehl erhalten, nach dem Kohlenbecken von Durham abzugehen.

London, 26. März, früh. Unterhaus. Der Antrag Fenwick's auf Zahlung von Diäten an die Abgeordneten wurde mit 227 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Der erste Lord des Schatzes Balfour hatte den Antrag aus finanziellen Gründen bekämpft und bezweifelt, daß ein solcher Beschluß populär wäre. Die Annahme desselben würde event. dahin führen, daß den Mitgliedern anderer Körperschaften ebenfalls Diäten gezahlt werden müßten. Der Vorschlag erstrebe eine fundamentale Umwälzung des britischen Wahlsystems, das seit Jahrhunderten bestanden, würde ausländische Methoden einführen, die bisherige Unabhängigkeit und Würde der Engländer zerstören und die britische Verfassung verletzen.

Warschau, 26. März. General Gurko ist gestern aus Petersburg, wohin er vom Zaren berufen worden war, hierher zurückgekehrt. Ueber den Verlauf der Audienz verlautet bis jetzt nur, daß Gurko weitgehende Vollmachten erhalten hat bezüglich der weiteren Befestigung Warschau's. Die übrigen Festungen Polens sollen unter Oberaufsicht Gurko's ebenfalls stärker armirt werden.